

Zum Thema Solide Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik:

Alternativen zur **schwarz-gelben Bundesregierung: Solide Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik**

„Westerwelle will „geistig-politische Wende“ mit Union“

- Schlagzeile im „Handelsblatt“ vom 6. Januar 2010 -

Inzwischen vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Karikaturen und Kommentare Schwarz-Gelb in den Verdacht der Käuflichkeit von Politik rücken. Kein Wunder: Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die Düsseldorfer Substantia AG 1,1 Millionen Euro an die FDP überwiesen. Als erste Maßnahme nach Regierungsübernahme hat Schwarz-Gelb dann die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent gesenkt – ein Steuerprivileg, das 1 Milliarde Euro kostet, ökonomisch unsinnig ist, neue Bürokratie verursacht und eine Klientel bedient. Die Hotelpreise steigen derweil im übrigen weiter. Ein Jürgen Rüttgers, der mit seinem Amt als Ministerpräsident Sponsorenakquise für seine Partei betreibt, passt da nur all zu gut ins Bild. Der ganze Vorgang ist ein Desaster für die politische Kultur in Deutschland. Erst die Hand aufhalten, dann die Gegenleistung. Man muss fragen: Macht Schwarz-Gelb jetzt dort weiter, wo Union und FDP 1998 aufgehört haben? Sind wir schon wieder auf dem Weg in die „Bimbesrepublik“? Erinnerungen an den Spendensumpf der Ära Kohl werden wach.

Dabei wächst das schwarze Loch des strukturellen Defizits für die kommenden Jahre stetig an. Bundesfinanzminister Schäuble hat für 2010 einen historischen Negativrekord von rund 80 Milliarden Euro Neuverschuldung präsentiert. Bei einem Gesamthaushalt von 328 Milliarden entspricht dies rund einem Viertel des Volumens des Gesamthaushalts. Ab 2011 sind die Maastricht-Kriterien und ab 2016 die von uns Jusos abgelehnte Schuldenbremse einzuhalten. Unverantwortlich ist es daher, dass Schwarz-Gelb in dieser kritischen Situation zusätzliche Steuersenkungen auf Pump, darunter die bereits erwähnten abenteuerliche Klientelgeschenke für die Hotellerie, auf den Haushalt lädt. Denn die bisher in weiten Teilen unbeantwortete Frage bleibt bestehen: Wo soll eingespart werden, um der verfassungsmäßig festgeschriebenen Verpflichtung eines nahezu ausgeglichenen Haushalts nachzukommen? Die Kürzung der Solarförderung oder Westerwelles Kampfansagen gegen Hartz 4-Empfänger lassen erahnen, wo die Reise vermutlich hingehen wird.

Schwarz-Gelb ist im finanzpolitischen Blindflug und Bund, Ländern und Kommunen droht der Absturz. Denn es kommen zusätzliche Finanzrisiken hinzu:

- eine für 2011 geplante Steuerreform, die 20 Milliarden kosten soll und wiederum vor allem Besserverdiener bedient,
- die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen der Grundsicherung zu erwartenden Mehrkosten und die Bürokratiekosten, die eine Zerschlagung der Job-Center mit sich bringt,
- die Kosten für die Sanierung der Atommüllkippe Asse von ca. 4 Milliarden Euro
- und schließlich die jeden Rahmen sprengenden Kosten der Einheits-Kopfpauschale im Gesundheitssystem, die mindestens 20 bis 35 Milliarden Euro aus Steuermitteln erfordert.

Deutschland ist nicht aus der Wirtschaftskrise heraus. Bund und Länder, Städte und Gemeinden müssen massiv wegbrechende Steuereinnahmen verkraften. Unser Land droht Schaden zu nehmen, wichtige Leistungen der Kommunen bei Bildung, Integration, Verkehr, Kultur stehen auf dem Spiel: Daher brauchen die Kommunen Bewegung. Viele Städte und Gemeinden sind in einer akuten Notlage. Nach 4,5 Milliarden Euro in 2009 erwarten die Kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2010 ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro.

Daher muss klar sein: Der Bund und die Länder müssen ihre Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen unter strenger Beachtung des Konnexitätsprinzips erfüllen. Wir brauchen eine offene und ehrliche Debatte über die Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ergebnis eines kurzfristigen kommunalen Antikrisenpakets in Höhe der Einnahmeausfälle der Kommunen und einer mittelfristigen Neuordnung der öffentlichen Finanzströme und Besserstellung der Kommunen. Die Gewerbesteuer als einzige relevante eigenständige Einnahmequelle der Kommunen zur Disposition zu stellen wie es Schwarz-Gelb derzeit erwägt, ist dabei der falsche Ansatz.

Zudem wird beständig aus den Reihen der Bundesregierung über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen schwadroniert. Das ist nach wie vor die Strategie von Merkel und Schäuble: Mit allgemeinem Gerede die Öffentlichkeit einlullen und besänftigen – aber im Konkreten den Banken und der Finanzindustrie nicht zu nahe treten. Es bedarf unverzüglicher Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung.

Auch die Finanzwirtschaft muss endlich an den ungeheuren Lasten der Krise beteiligt werden. Mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent auf alle Finanztransaktionen könnte bspw. allein Deutschland nach Schätzungen 10 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Damit könnten die finanziellen Folgen der Finanzkrise gerechter verteilt werden und ein Beitrag zu Dämpfung künftiger Spekulationsanreize auf den Finanzmärkten leisten.

Es kann nicht sein, dass Schwarz-Gelb die kleinen schröpft, die großen verschont und die „wirklich asozialen“ weiterhin munter Steuern am Fiskus vorbei in Steueroasen schleusen können. In dieser Beziehung hat Guido Westerwelle (FDP) also vollkommen Recht, wenn er fordert: Deutschland braucht eine geistig-politische Wende!

Carsten Sinß (26), UB Rheingau-Taunus, ist stellvertretender Vorsitzender der Jusos Hessen-Süd und betreut die Kompetenznetzwerke Kommunalpolitik sowie Wirtschaft-Arbeit-Finzen